

Keinen dritten Schul-Lockdown im neuen Schuljahr!

Eineinhalb Jahre haben Kinder und Jugendliche zurückgesteckt: bei ihrem Recht auf Bildung, bei ihrem Recht auf soziales Miteinander und soziale Teilhabe – zum Teil mit gravierenden Folgen für ihre Entwicklung und ihre Zukunft. Sie haben sich solidarisch gezeigt mit der Erwachsenenwelt, die in der Pandemie durch ein höheres Infektions- und Erkrankungsrisiko gekennzeichnet war.

Jetzt ist es endlich an der Zeit, sich auch ihnen gegenüber solidarisch zu zeigen. Kinder und Jugendliche und ihre Familien haben die Grenze des Zumutbaren mehr als erreicht. Jetzt gilt es, sie in den Fokus zu stellen und die Priorität auf ihre Rechte und Bedürfnisse zu legen.

Der Familienbund und seine Partner*innen fordern:

Ein klares Bekenntnis der politisch Verantwortlichen, Schul- und Kitaschließungen im neuen Schuljahr zu vermeiden.

Schulen und Kitas haben nicht nur einen Bildungsauftrag. Sie sind für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Sozialraum, in dem sich wesentliche Schritte ihrer Entwicklung vollziehen. Für diesen Sozialraum ist Präsenzbetrieb unerlässlich.

Ein klares Konzept und die nötigen finanziellen Mittel, um den Präsenzbetrieb in Bildungseinrichtungen durchgehend aufrechtzuerhalten – auch in pandemisch schwierigen Zeiten, unter Einhaltung geeigneter Schutzmaßnahmen.

Präsenzbetrieb umfasst dabei nicht nur den Unterricht, sondern auch außerschulische Angebote wie Exkursionen, Klassenfahrten, Landschulheime u.a. Für beide Bereiche braucht es Konzepte, die Planungssicherheit geben, etwa in Form von Stufenplänen. Dabei müssen Maßnahmen verhältnismäßig und situationsbezogen sein und dürfen sich nicht allein am Inzidenzwert orientieren.

Größere Spielräume für Schulen und Kommunen, gute Lösungen für den Schulbetrieb subsidiär vor Ort umsetzen zu können.

Die Bildungseinrichtungen, ihre Träger und Kooperationspartner vor Ort kennen ihre Situation am besten. Sie brauchen weitgehende Entscheidungsfreiheit und ggf. zusätzliche Mittel, um kreative und innovative Wege zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs umsetzen zu können – sei es beim Raumkonzept, bei der Organisation von Veranstaltungen oder bei der Schülerbeförderung (Bereitstellung von genügend Bus- bzw. Transportkapazitäten).

Gleichbehandlung von Bildungseinrichtungen und Arbeitswelt bzw. von Kindern und Jugendlichen und anderen Bevölkerungsgruppen.

Im Sinne der Gleichbehandlung ist in Zukunft darauf zu achten, dass Bildungseinrichtungen nicht strengeren Regeln unterliegen als Betriebe und andere Bereiche des Arbeitslebens oder des

öffentlichen Lebens. Insbesondere dürfen sich Verordnungen des Kultusministeriums und die allgemeine Corona-Verordnung des Landes in ihren Regelungen nicht widersprechen.

Folgende stichhaltigen Gründe untermauern unsere Forderungen:

Schul- und Kitaschließungen haben signifikant negative Folgen für die seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, für ihre soziale Entwicklung und ihre Bildungsbiographie.

(Vgl. UKE Hamburg (2021), Copsy-Studie; Nat. Akad. d. Wiss. Leopoldina (2021), Kinder und Jugendliche in der Coronavirus-Pandemie, 8. Ad-hoc-Stellungnahme vom 21.06.2021; Kath. Elternschaft Deutschlands (2020), KED-Studie „Lernen zu Hause“, Oktober 2020.)

Entwicklungsschritte von Heranwachsenden vollziehen sich in bestimmten Phasen und Zeitfenstern. Kindheit und Erwachsenwerden, Lernen und soziale Interaktion lassen sich nicht einfach auf die Zeit nach der Pandemie verschieben.

Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen gute und verlässliche Strukturen und Zukunftsperspektiven.

Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen verfügen schon seit Monaten über hocheffiziente Test- und Schutzkonzepte, die – insbesondere in der Arbeitswelt – ihresgleichen suchen.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen von medizinischen Studien spielen vollständig geöffnete Schulen im Infektionsgeschehen im Vergleich zu anderen Bereichen eine untergeordnete Rolle.

(Vgl. RKI (2021), Epidemiologisches Bulletin, Nr. 23 vom 10.06.2021, S. 11.)

Der Familienbund und seine Partner*innen stehen mit Nachdruck hinter diesen Forderungen. Kinder und Jugendliche brauchen jetzt das Einstehen aller für ein gutes neues Schuljahr 2021/22, in dem sie sich in Freiheit begegnen, miteinander lernen und spielen können, ihre Persönlichkeit entfalten und sich weiterentwickeln können.

Erstunterzeichnende:

Familienbund Landesverband Baden-Württemberg

Landesfamilienrat Baden-Württemberg

Familienbund der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg

Familienbund der Katholiken in der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Landesverband Baden-Württemberg

Paednet Südbaden

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Diözesanverband Freiburg

Netzwerk Alleinerziehendenarbeit Baden-Württemberg

Fach- und Servicestelle Jugend und Schule, Freiburg

Verband alleinerziehender Mütter und Väter VAMV – Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e.V.

Gesamtelternbeirat der Freiburger Kindergärten und -tagesstätten (Geb-K)

Initiative Familien

Elterninitiative „5 vor 12 for Kids and Teens“, Freiburg

kfd – Diözesanverband Freiburg

Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB) – Diözesanverband Freiburg

Evangelische Frauen in Baden

Katholisches Männerwerk – Diözesanverband Freiburg

NaturFreunde Württemberg

